

Weichsel-Post

Nettoabzugspreis: Bei Selbstabholung in der Expedition 2,40 Zł. monatlich, bei den Agenturen am Orte 2,45 Zł., mit Zustellung durch die Post bei vorheriger Bestellung durch unsere Expedition 2,64 Zł. monatlich, bei direkter Bestellung bei der Post und den Briefträgern 2,74 Zł., vierteljährlich 8,22 Zł., für die Hr. St. Danzig 2,75 Zł., unter Kreuzband in Polen 3,88 Zł., nach der Hr. St. Danzig 3,95 Zł., 5 Zł. Gulden, nach Frankreich 15.—, nach England 5 Schilling, nach den Vereinigten Staaten Nordamerikas 80 Cent. Bei höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise für Polen a) im Anzeigenteil die 8 gepalt. Millimeterzeile 10 Groschen, kleine Anzeigen jedes Wort 10 Groschen, das erste Wort in Fettschrift 20 Groschen; b) im Reklameteil die 3 gepalt. Millimeterzeile vor dem Text 75 Gr., im Text 40 Gr., am liebsten an Text 80 Gr., für die Frei-Stadt Danzig die 4 gepalt. Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Groschen, die 3 gepalt. Millimeterzeile im Reklameteil vor dem Text 75 Groschen, im Text 40 Groschen, an der Text 80 Groschen. Für Deutschland 50% Aufschlag für das übrige Ausland 100% Aufschlag zahlbar in polnischen Zloty oder deren Wert. — Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Rechnungen sind sofort zahlbar. Gerichts- u. Erfüllungsort Grudziadz.

Konten: Komunalny Bank Pow. w Grudziadzu — Centralna Kasa Rzemieslnicza na Pomorzu w Toruniu, oddzial w Grudziadzu, und Danziger Privat-Aktienbank, Grudziadz und Danzig.

Postpartasse: P. K. O. Nr. 205169 in Pognan.

Grudziadz (Graudenz), Mittwoch den 26 Oktober 1927.

Das neue polnische Budget

Warszawa, 24. Okt. In der Freitag-Kabinettsitzung ist die durch das Finanzministerium ausgearbeitete und von Pilsudski durchgesehene Budgetvorlage gebilligt worden. Daraus ist zu entnehmen, daß der Sejm zur Budgetbesprechung einberufen wird, und zwar, falls die Regierung der Verfassung

folgt, noch vor dem 1. November. Das neue Budget soll 2270 Millionen Zloty betragen. Die Budgetvorlage enthält u. a. die Posten des Amortisations-, Zinsen- und Verwaltungsbudgets der Anleihe. Außer Budgetfragen wird auf der Sitzung des Sejm nichts beraten werden.

Bildtelegraphie Berlin—Wien

Wien, 24. Okt. Zwischen Wien und Berlin soll demnächst die Telefunken-Karolus-Bildtelegraphie über Telephonfernübertragungen eingeführt werden. Es ist beabsichtigt, sich lediglich auf die eigentliche Bildtelegraphie zu beschränken. Selbstverständlich wäre es auch möglich, Textwörter zu geben, was aber wesentlich kostspieliger wäre als ein normales Telegramm. Die Sendung erfolgt mit normalen Telefunken-Karolus-Apparaten. Der Bildstrom wird verstärkt vom Sendertelegraphenamt, direkt über das Telephonkabel in das Fernkabel geleitet, wo er

dann allen jenen Verstärkungen unterworfen wird, die auch das normale Fernsprechen auf große Entfernungen möglich machen. Beim Eintreffen in der Empfangsstation wird der ankommende Strom über einen Verstärker der gleichfalls normalen Apparatur geleitet. Die Bildelementgröße ist 1/2 eines Quadratmillimeters. Die Zahl der in der Sekunde gesandten Bildelemente ist tausend. Bei einer Bildgröße von einem Quadratmillimeter ergibt dies eine Übertragungsgeschwindigkeit von 4 bis 5 Minuten.

Rußlands Stellung in der Mandchurei

Moskau, 24. Okt. Die in Chabin erscheinende japanische Zeitung „Manschu Nisi“, welche die japanischen Eisenbahnerinteressen vertritt, berichtet hierigen Blättern zufolge, daß in Peking eine Kommission gebildet worden sei, deren Ziel die Übernahme der chinesischen Eisenbahnen in rein chinesische Hände ist. Das japanische Blatt schreibt, der Verlust der chinesischen Eisenbahn werde der Sowjetregierung einen großen Schlag in ihrer fernöstlichen Politik versetzen. Das werde dann der Parteiopposition den Vorwand zu Angriffen geben, und neue

Unruhen in Moskauer Regierungskreisen hervorrufen. Die „Pravda“ bespricht diese Meldung und sagt, daß die sowjetischen Elemente in der Nordmandchurei unter Führung der früheren wichtigsteisenbahner Leiter der Eisenbahn, Afrounow, Gombatti und General Horwats, jetzt verstärkte Anstrengungen machen, um die chinesische Teilverwaltung der Eisenbahn zur Verdrängung der russischen Beteiligung an der Verwaltung zu bewegen.

Reorganisation Angolas

Madrid, 24. Okt. Der Oberkommissar Angolas reichte der portugiesischen Regierung das Projekt einer Neuorganisation der Kolonie ein. In der Einleitung spricht der Oberkommissar von der Notwendigkeit einer Neuorganisation mit Rücksicht auf die Durchbringung der Kolonie, besonders durch deutsche

und belgische Einwanderer. Zur Erleichterung der Durchführung des Projekts soll die Hauptstadt von Loanda nach Huambo im Innern des Landes verlegt werden. Die neue Hauptstadt soll Reunissabon heißen.

Drei nationalistische Regierungen in China

Peking, 24. Okt. Zwischen der neuen nationalistischen Zentralregierung in Peking und dem Sankauer Kommandeur Tangschengtschi ist es, trotzdem erst vor wenigen Tagen die Erzielung eines endgültigen Übereinkommens gemeldet wurde, zu neuen schwerwiegenden Auseinandersetzungen gekommen. Der General widersetzte sich den Befehlen der Peking-Regierung. Diese schickte infolgedessen eine Strafexpedition gegen Sankau, um den „Verräter“ gefangen zu nehmen oder zum mindesten von dort zu vertreiben. General Tang hatte von der Peking-Regierung den Befehl erhalten, mit seinen Truppen die Sankai-Armee in ihrem Kampf gegen Tangschengtschi zu unterstützen, was er aber ablehnte. Gleichzeitig soll-

ten dann die Peking-Truppen in Stärke von 100 000 Mann gegen die Sankai-Truppen der Untergenerale Tschangtschins vordringen, um diesem die Möglichkeit zu nehmen, aus der Sankai-Provinz Verstärkungen nach Peking zu ziehen. Dieser Plan ist nun ausgefallen, und ein Teil dieser Armee wird gegen Sankau vordringen. Die ganze nationalistische Bewegung befindet sich im Augenblick in einer geradezu hoffnungslosen Lage. Alle Hoffnungen auf eine Wiedererfarung der großen nationalistischen Ideen waren vergeblich. Im Augenblick zerfällt das nationalistische China in drei voneinander getrennte Regierungen in Peking, Sankau und Kanton.

Neues polnisches Handelschiff

Gdynia, 24. Okt. In diesen Tagen trief aus Schweden hier unter polnischer Flagge der Dampfer „Kobur II“ (Kajetan Szwarc) ein. Der Dampfer ist vom polnischen Kohlenkonzern „Kobur“ erworben worden.

Flugzeugunglück

Amsterdam, 24. Okt. Auf dem Militärflugplatz Soest-Boeberberg stürzte ein Militärflugzeug ab. Pilot und Mechaniker wurden schwer verletzt.

Schweres Bauunglück in der Grube

Bochum, 24. Okt. Auf Zeche „Heinrich Gustav“ in Herne stürzte in einem Schacht ein Teil der Mauer ein und begrub mehrere Arbeiter unter sich, von denen einer getötet und zwei schwer verletzt wurden.

Sanastreden-Flug

Paris, 24. Okt. Der Flieger Knipping ist mit einem Kleinflugzeug, das einen Motor von nur 40 PS besitzt, in Le Bourget gestartet, um einen neuen Langstreckenweltrekord für Kleinflugzeuge aufzustellen. Er will versuchen, über Brüssel, Hannover, Berlin, Königsberg nach Moskau zu gelangen.

PERLOFF-TEE
Kraeffig, aromatisch, gehaltvoll
STAMMHAUS IN MOSKAU SEIT 1787.

und der bevorstehende deutsche Ministerbesuch in Wien habe somit mit dem Anschluß nicht das Mindeste zu tun.

Was die Truppenverminderung im Rheinland betrifft, so wird erklärt, daß die Berliner Regierung an dem aufrichtigen Willen der französischen Regierung, die Besatzungstruppen auf 60 000 Mann zu reduzieren, nicht zweifle. Die deutsche Regierung überlasse der französischen Regierung vollständig die Art, wie sie ihre Zusagen ausführen wolle und sie sei bestrebt, zu vermeiden, daß die Frage der Truppenverminderung noch einmal Gegenstand von diplomatischen Verhandlungen werde. Sie habe der französischen Regierung lediglich den Wunsch ausgesprochen, daß nach dem 1. November die vollzogene Truppenverminderung in einem Kommunikat bekanntgegeben werde, das Deutschland und Frankreich gemeinsam veröffentlicht werden sollen. Die französische Regierung sei hierzu bereit, sie kämpfe aber bei Abfassung des Kommunikats mit Widerständen militärischer Kreise, ebenso wie die deutsche Regierung von der Rechtsopposition bekämpft werde, die beweisen wolle, daß Straßmann in der Truppenverminderungsfrage keinen Erfolg erzielt habe und eine Stillstandsposition treibe. Ueber die Räumung des Rheinlandes werde gegenwärtig überhaupt nicht verhandelt. Die deutsche Regierung wolle dies angesichts der französischen Wahlen vermeiden, da die Frage der Rheinlandräumung der ostdeutschen Agitation der französischen Rechtsparlei nur willkommenen Agitationsstoff bieten würde. Die Rheinlandfrage werde erst nach den französischen Wahlen wieder aufgenommen werden.

Was die russische Frage betrifft, so habe sich in der Besprechung der Staatsmänner in Genf ergeben, daß der Standpunkt, den Deutschland gegenüber Rußland einnehme, immer mehr Verständnis und Anerkennung finde. Man habe die deutsche Politik für richtig, die Gegensätze zwischen Sowjetrußland und Westeuropa abzuschwächen, mit welcher Politik namentlich Briand übereinstimmt. Auch England zeige Interesse an dieser Differenz mit Rußland irgendwie zu verschärfen. Im übrigen scheine der Sowjetregierung der diplomatische Bruch mit England größere Schwierigkeiten zu bereiten. An eine Kriegsgefahr zwischen Polen und Litauen glaubt man in Berlin nicht. Auch auf dem Balkan hält man den Ernst der Spannung für vorübergegangen. Was schließlich die Wiedererrichtung des Kirchenstaates betrifft, so billigt man in Berlin alle Maßnahmen, die die Stellung der Kurie stärken, wenn hierdurch keine Komplikationen herbeigeführt werden.

Politische Nachrichten

Wiederbeginn der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ aus unterrichteten Kreisen erfahren haben will, wird damit gerechnet, daß in etwa 14 Tagen die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen wieder beginnen werden. Die genannte Korrespondenz erwartet, daß von deutscher Seite ein Angebot erfolgt, das u. a. auch das Kohlenkontingent und die Schweinefleischlieferungsfrage zum Gegenstand hat. Sie bringt zum Ausdruck, daß eine Beschlußfassung des Reichskabinetts über den Beginn neuer Verhandlungen noch nicht vorliegt.

Goesch bei Briand.

Der deutsche Botschafter v. Goesch hatte Montag nachmittags eine Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen Briand. Es wurde eine Reihe laufender Fragen besprochen.

Albanische Sicherheitsmaßnahmen.

Eine Meldung der „Verd“ besagt, daß der albanische Staatspräsident außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen für seine Person ergriffen habe. Die ganzen militärischen Besatzungen aus Tirana seien zu seinem Schutz alarmiert worden. Der Präsident befürchtet, daß man aus Mache für die Ermordung Cerna Beghs jetzt auf ihn ein Attentat verüben werde.

Demission des albanischen Kabinetts.

Das albanische Kabinett hat demissioniert. „Messaggero“ meldet dazu, daß die Demission auf Meinungsverschiedenheiten

Die Richtung der deutschen Außenpolitik

Es wird hier eine Darstellung über die auswärtige Politik Deutschlands veröffentlicht, die aus Kreisen der deutschen Reichsregierung stammt und besondere Aufmerksamkeit verdient. Zunächst wird bezüglich des im nächsten Monat stattfindenden Besuchs des Reichsfinanzministers Dr. Marx und des Reichsaußenministers Dr. Stresemanns in Wien festgestellt, daß es sich hier lediglich um eine Erwiderung des Besuchs handelt, den der österreichische Bundeskanzler Ramek seinerzeit in Berlin gemacht habe. Keinesfalls sei die Reise der deutschen Staatsmänner nach Wien als eine Kundgebung für den Anschluß anzusehen. Die deutsche Regierung sehe nach wie vor auf

dem Standpunkt, daß die Frage des Anschlusses gegenwärtig noch ruhen müsse, bis sich mancherlei Verhältnisse, unter anderem auch die Verhältnisse auf dem Balkan, geändert haben würden. Wohl sei seit einiger Zeit zu bemerken, daß der Widerstand, den namentlich gewisse Entzessionsstaaten dem Anschluß entgegensetzten, immer schwächer zu werden beginne, die Zeit sei aber noch nicht gekommen, um die Anschlußfrage aufzurollen. Als eine Unwahrheit werden die Gerüchte bezeichnet, daß Deutschland den Anschluß überhaupt nicht wolle. Wenn auch die deutsche Regierung sich niemals zum Verzicht auf den Anschluß bereit erklären werden, mögen ihr auch noch so große Vorteile dafür in Aussicht gestellt werden, so denke doch andererseits Berlin für den Augenblick nicht daran, irgend welche Schritte zu unternehmen, um den Anschluß näherzubringen.

